

V-3 Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2025
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Die Situation in Gaza spitzt sich immer weiter zu, wir blicken mit großer Sorge
2 auf die aktuellen Ereignisse. Während israelische Geiseln immer noch in
3 grausamer Gefangenschaft der Hamas sind, ist die humanitäre Lage im Gazastreifen
4 katastrophal. Beides muss so schnell wie möglich ein Ende haben. Deshalb
5 unterstützen wir explizit die Forderungen der Europäischen Kommission und
6 erwarten, dass sich die Bundesregierung diesen anschließt.

7 Weit über 60.000 Menschen wurden in diesem Krieg bereits getötet oder sind
8 aufgrund der dramatischen Lage gestorben. Die anhaltende massive
9 Militäroffensive auf den Gazastreifen verschärft die ohnehin katastrophale
10 humanitäre Situation weiter und fordert immer mehr zivile Opfer. Am 16.
11 September 2025 hat Israel eine Bodenoffensive in Gaza-Stadt begonnen mit dem
12 Ziel die Kontrolle in der Stadt zu übernehmen, Infrastruktur der
13 Terrororganisation Hamas zu zerstören und verbleibende Geiseln zu befreien. Dies
14 wird die humanitäre Lage weiter verschärfen und die Situation für die Menschen
15 in Gaza weiter verschlimmern.

16 Die Blockade humanitärer Güter durch die israelische Regierung hat maßgeblich zu
17 der aktuellen schrecklichen Situation geführt. Die Folgen sind verheerend:
18 Menschen werden bei der Suche nach Lebensmitteln getötet, sie hungern und
19 verhungern, sie werden immer wieder vertrieben. Helfer*innen, Ärzt*innen und
20 Pflegekräfte geraten unter Beschuss und an die Grenzen ihrer Kräfte,
21 Journalist*innen werden angegriffen und getötet, was einen klaren Angriff auf
22 das Völkerrecht, die Pressefreiheit und das Recht auf unabhängige
23 Berichterstattung darstellt. Nur noch ein Drittel des Territoriums des
24 Gazastreifens ist für die palästinensische Bevölkerung zugänglich. Gebäude und
25 Infrastruktur sind weitgehend zerstört, das Gesundheitssystem ist kollabiert.
26 Eine öffentliche Ordnung gibt es in Gaza nicht mehr. Die unabhängige
27 Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrat kam am 16. September 2025 zu
28 dem Schluss, dass Israel im Gazastreifen einen Völkermord an Palästinenser*innen
29 begeht.

30 Der Staat Israel hat nach dem Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 ein
31 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen der Vorgaben, die das Völkerrecht für
32 solche Ausnahmesituationen vorsieht. Das Existenzrecht Israels ist für uns
33 unverhandelbar und Israel hat das Recht, sich gegen den brutalen Terror von
34 Hamas, aber auch gegen Angriffe aus dem Jemen, von der Hizbollah in Libanon oder
35 aus dem Iran zu verteidigen. All das steht für uns außer Frage. Die Hamas nutzt
36 die Zivilbevölkerung in Gaza auf perfide Weise als Schutzschild und Faustpfand,
37 hält bis heute noch dutzende Menschen als Geiseln und verstößt damit auf
38 eklatante Art gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts. Die Hamas
39 unterdrückt seit Jahren grausam die palästinensische Zivilbevölkerung und hat
40 jegliche Berechtigung verloren, für die Palästinenser*innen zu sprechen oder
41 politische Verantwortung zu tragen. Die israelische Armee verletzt aber in Gaza

42 systematisch die Grenzen der Selbstverteidigung, das Völkerrecht und
43 grundlegende humanitäre Prinzipien. Gleichzeitig verkünden einige Mitglieder der
44 rechtsextremen israelischen Regierung ihre Ziele ganz offen, den Gazastreifen
45 langfristig zu besetzen und Palästinenser*innen dauerhaft zu vertreiben. Diese
46 Ankündigungen sind völlig inakzeptabel und kündigen einen weiteren eklatanten
47 Völkerrechtsbruch an. Mit Luftschlägen auf Ziele in Doha eskaliert die
48 israelische Regierung weiter, unterminiert jegliche diplomatische Lösung und
49 rückt damit auch die Befreiung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln in weite
50 Ferne.

51 Auch im Westjordanland halten die jahrzehntelange Gewalt und völkerrechtswidrige
52 Besatzungspolitik und der Siedlungsbau an. Die fortschreitende Entrechtung von
53 Palästinenser*innen im Westjordanland erfolgt durch eine Vielzahl
54 diskriminierender Maßnahmen: Bewegungseinschränkungen, willkürliche
55 Verhaftungen, Zerstörung von Wohnhäusern und die systematische Beschränkung des
56 Zugangs zu Land und Wasser. Benjamin Netanjahu hat offen erklärt, dass
57 Siedlungsprojekte gezielt darauf abzielen, die Entstehung eines
58 palästinensischen Staates zu verhindern – eine Politik, die jeder
59 Verhandlungslösung den Boden entzieht.

60 Mahnende Worte und stille Diplomatie seitens der Bundesregierung sind längst
61 gescheitert. Es braucht ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Druck, um
62 einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, den Krieg zu beenden und beide
63 Seiten an den Verhandlungstisch für eine dauerhafte Friedenslösung zu bringen.
64 Der Stopp von Waffenlieferungen, die im Krieg eingesetzt werden können, ist
65 dabei ein erster Schritt, den wir begrüßen. Aber dieser Schritt reicht bei
66 weitem nicht aus. Es braucht dringend eine klare europäische Antwort. Wir
67 begrüßen deshalb ausdrücklich die Ankündigungen der Kommissionspräsidentin von
68 der Leyen, die Auszahlung von Geldern an Israel auszusetzen, dabei aber
69 Unterstützung für die Zivilgesellschaft, insbesondere Gelder an Yad Vashem
70 auszunehmen. Ebenso unterstützen wir ihre Forderungen nach weiteren gemeinsamen
71 europäischen Schritten gegenüber der israelischen Regierung. Wir fordern die
72 Bundesregierung auf, sich für gezielte, mit den europäischen Partnern
73 abgestimmte Sanktionen einzusetzen, insbesondere gegen die rechtsextremen
74 israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir. Mögliche weitere
75 Sanktionen gegen einzelne gewalttätige Siedler*innen, Siedlerorganisationen und
76 Unternehmen, die diesen völkerrechtswidrigen Siedlungsbau unterstützen und
77 vorantreiben, müssen geprüft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die
78 Aussetzung von Handelserleichterungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens
79 zwischen Israel und der EU zu unterstützen und nicht mehr zu blockieren.

80 Wir fordern außerdem den sicheren und ungehinderten Zugang für UN, humanitäre
81 Organisationen und Journalist*innen sowohl in Gaza als auch im Westjordanland.
82 Organisationen wie die Gaza Humanitarian Foundation, die bereits hunderte
83 Todesopfer bei Hilfsverteilungen zu verantworten haben, sind keine Lösung – nur
84 unabhängige UN-Organisationen können echte humanitäre Hilfe leisten.

85 Parallel dazu muss Deutschland die Anerkennung eines Staates Palästina im Rahmen
86 einer gemeinsamen europäischen Initiative zügig vorantreiben. Es braucht einen
87 souveränen, sicheren palästinensischen Staat an der Seite eines sicheren Staates
88 Israel, um dauerhaften Frieden sicherzustellen. Jegliche Schritte, die zur
89 Deeskalation und Frieden in der Region beitragen, können nur am
90 Verhandlungstisch und nicht durch Gewalt erreicht werden. Sowohl die Herrschaft

91 der Hamas in Gaza als auch die Vertreibung von Palästinenser*innen, wie Teile
92 der israelischen Regierung und Trump sie in den letzten Wochen und Monaten immer
93 wieder in den Raum gestellt haben, stehen dem klar entgegen. Auch wenn sie
94 derzeit aussichtslos erscheint, bleibt die Zwei-Staaten-Lösung zum jetzigen
95 Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, um dauerhaften Frieden für Israelis und
96 Palästinenser*innen und langfristige Stabilität in der Region zu erreichen.

97 Gleichzeitig verdeutlichen auch andere internationale Krisen – etwa in Sudan,
98 Äthiopien oder Syrien, die bei weitem nicht die öffentliche Aufmerksamkeit
99 erhalten, aber für Millionen Menschen Hunger, Vertreibung und Tod bedeuten – die
100 dringende Notwendigkeit, die EU als handlungsfähige Union zu stärken und das
101 Völkerrecht weltweit konsequent durchzusetzen. Auch deswegen ist es
102 unerlässlich, die Einhaltung des Völkerrechts auch gegenüber Israel
103 unmissverständlich und energisch einzufordern, genauso wie wir das auch in
104 anderen Krisen tun müssen.

105 Was bedeutet das für uns in Berlin?

106 Viele Israelis und Jüd*innen in Berlin leben seit dem 7. Oktober 2023 in Angst –
107 um Angehörige und Freunde in Israel und angesichts wachsender antisemitischer
108 Anfeindungen und der Zunahme von gewalttätigen Übergriffen hier vor Ort. Wir
109 verurteilen jede Form von Antisemitismus in unserer Stadt. Der Schutz jüdischen
110 Lebens, der Kampf gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels sind
111 für uns nicht verhandelbar. Jüd*innen müssen angstfrei und sicher in Berlin
112 unterwegs sein können. Aktuell berichten viele Betroffene, dass sie ihre
113 jüdische Identität im Alltag verbergen, öffentliche Einrichtungen meiden oder
114 sich nicht mehr an Universitäten trauen. Jüdische Menschen sind in Berlin sehr
115 bedroht. Im ersten Halbjahr 2025 wurden allein in Berlin 637 antisemitische
116 Vorfälle erfasst – ein Anstieg um rund 70 Prozent im Vergleich zum gesamten Jahr
117 2022. Neben körperlichen Angriffen und Bedrohungen reicht das Spektrum von
118 Sachbeschädigungen bis hin zu offener antisemitischer Hetze auf Demonstrationen.
119 Wir Bündnisgrüne stellen uns mit aller Kraft gegen jede Form gruppenbezogener
120 Menschenfeindlichkeit und kämpfen gegen den Antisemitismus, der in unserer Stadt
121 ein zunehmendes Problem ist.

122 Zugleich leben in Berlin über 40.000 Menschen mit engen familiären Verbindungen
123 in die palästinensischen Gebiete und die Region. Auch sie bangen um ihre
124 Angehörigen und Freund*innen, trauern um die Opfer dieses Krieges, seit Jahren
125 schon sind sie vom wachsenden antimuslimischen und antiarabischen Rassismus in
126 unserer Gesellschaft betroffen. Auch der Schutz ihrer Leben und der Schutz vor
127 Anfeindungen und Übergriffen ist unverhandelbar. Die Berliner Politik und weite
128 Teile der Öffentlichkeit haben ihre Perspektive viel zu lange übersehen,
129 bagatellisiert und nicht vertreten wollen. Jene Menschen wurde nicht genug Raum
130 geben, ihre Meinung und Perspektive einzubringen, mussten dafür mit Ausgrenzung,
131 Anfeindung und manchmal auch arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Weder
132 Jüd*innen und Israelis, noch Muslim*innen und Palästinenser*innen dürfen in
133 Mithaftung für das Vergehen der Regierung Netanjahu oder der Hamas genommen
134 werden. Auch an der Seite dieser Berliner*innen stehen wir und kämpfen gegen
135 Rassismus, Stigmatisierung und gegen Versuche, Diskursräume in unserer Stadt zu
136 verengen.

137 Wir fordern deshalb neben der israelischen Flagge am Roten Rathaus auch die
138 palästinensische Flagge zu hissen, um so unsere Solidarität mit der

139 palästinensischen Zivilbevölkerung und israelischen Opfern des Terrors zum
140 Ausdruck zu bringen. Die derzeitige Praxis Kai Wegners, einzig die israelische
141 Flagge zu hissen, vernachlässigt viele betroffene Menschen in Berlin. Man darf
142 nicht palästinensische und israelische Opfer gegeneinander ausspielen. Neben Tel
143 Aviv sollte auch Ramallah eine Städtepartnerschaft angeboten werden. Außerdem
144 müssen Universitäten weiter ein Ort der Diskurse bleiben. Auftrittsverbote,
145 ausgesprochen durch den Regierenden Bürgermeister, heizen dabei die Stimmung in
146 Berlin nur unnötig an. Die Universitäten sollten möglichst frei ohne Einmischung
147 von außen agieren und ihre Konflikte lösen können, dabei aber auch für jüdische
148 Studierende Sicherheit garantieren. Wir sind überzeugt, dass beides möglich ist.
149 Staatliche Eingriffe oder administrativer Druck, die darauf abzielen, kritische
150 wissenschaftliche Diskurse unangemessen zu beschränken, schaden uns als
151 Gesellschaft. Das heißt, Ideen, Meinungen und Gedanken zuzulassen, die anstößig,
152 ungewöhnlich oder marginal erscheinen mögen.

153 Seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel hat sich die Zahl
154 antisemitischer Vorfälle in Berlin im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.
155 Für uns als Grüne ist klar: Jüd*innen müssen sich in ganz Berlin sicher fühlen,
156 ob auf der Straße, in der Schule, oder auf dem Uni-Campus. Gleichzeitig steigen
157 die Zahlen antimuslimischer und antiarabischer Vorfälle und Gewalt schon seit
158 Jahren weiter an. Der Berliner Senat muss sicherstellen, dass jüdische,
159 muslimische und arabische sowie als solche gelesene Menschen in Berlin sicher
160 sind. Ihre Sichtbarkeit darf nicht eingeschränkt, ihr Leben nicht bedroht
161 werden. Wir fordern eine deutlich bessere Finanzierung von Beratungs- und
162 Anlaufstellen, Sensibilität gegenüber Betroffenen durch die
163 Strafverfolgungsbehörden und eine schnelle und konsequente Strafverfolgung,
164 gerade bei Gewalttaten.

165 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Friedliche Demonstrationen, die der
166 zivilen Opfer in Gaza und andernorts gedenken und für eine friedliche Lösung des
167 Konflikts werben, sind zulässig und dürfen nicht behindert werden. Wer das Leid
168 in Gaza adressiert, darf nicht pauschal als antisemitisch diffamiert werden.
169 Insbesondere staatenlose palästinensische Menschen müssen ihre Trauer und ihre
170 politischen Forderungen bei friedlichen Demonstrationen ohne Furcht vor
171 aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen artikulieren können. Der Kommissar für
172 Menschenrechte des Europarats rügte die Bundesregierung bereits wegen
173 wiederholter Polizeigewalt bei Demonstrationen zu Gaza in Berlin. Die Polizei
174 Berlin gehe aufgrund der Gewalttaten Einzelner unverhältnismäßig hart gegen
175 Demonstrierende vor. Die notwendige Differenzierung muss möglich sein: Die
176 Gewalt und menschenverachtenden Äußerungen einzelner Demonstrant*innen und die
177 Instrumentalisierung durch extremistische Akteure sind eindeutig zu verurteilen;
178 zugleich ist Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen legitim und
179 Gewalt gegen Demonstrierende muss ernsthaft aufgeklärt werden. Ein Kurs der
180 Repression wird die Eskalationsspirale nicht beenden, sondern die Stimmung in
181 der Stadt weiter anheizen. Eine Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes
182 lehnen wir ab, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit muss gewahrt bleiben.

183 Wir stehen in Berlin gemeinsam vor der Aufgabe, Sorgen und Anliegen der hier
184 lebenden Communities anzuerkennen, Ängste abzubauen und verloren gegangenes
185 Vertrauen wieder aufzubauen. Dazu braucht es Räume, in denen ein offener und
186 konstruktiver Austausch möglich ist. Gerade diese scheinen derzeit aber immer
187 kleiner zu werden. Ein solcher Dialog darf keine Vorbedingungen haben – auch
188 wenn Vorurteile und Misstrauen zwischen den Communities bestehen, können diese

189 nur durch ehrlichen Austausch und Begegnung abgebaut werden. Wir stehen in
190 Berlin gemeinsam in der Verantwortung, solche Räume zu schaffen und bestehende
191 Räume zu stärken und zu schützen.

192 Investiert werden muss außerdem dringend in die Prävention, aber genau hier
193 setzt der schwarz-rote Senat im Doppelhaushalt 2026/2027 den Rotstift an: Im
194 Bereich der Bildung werden wichtige Präventionsprojekte an Schulen weiter
195 gekürzt oder sogar ganz gestrichen. Diese Kürzungen schwächen nicht nur den
196 Schutz jüdischen Lebens, sondern werden Berlin langfristig gesellschaftliche
197 Schäden zufügen. Wir fordern die schwarz-rote Koalition dringend dazu auf, im
198 Haushalt ihren verbalen Bekenntnissen Rechnung zu tragen und für eine offene und
199 vielfältige Gesellschaft auch die entsprechenden finanziellen Mittel
200 einzusetzen.

201 Um konkret den besonders vulnerablen Menschen in Gaza und Israel zu helfen,
202 fordern wir außerdem in Berlin ein kurzfristig einzusetzendes Aufnahmeprogramm
203 für besonders schutzbedürftige Menschen aus dem Gazastreifen und Israel. Es muss
204 jetzt ein Aufnahmeprogramm entwickelt werden, um gezielt insbesondere Kinder zu
205 evakuieren, die dringend medizinische, psychologische und soziale Hilfe
206 brauchen. So können wir von Berlin aus einen Beitrag leisten, um das
207 unerträgliche Leid in der Region zu lindern.